Grundsätze des sozialistischen Staatsverständnisses

Vorschlag der AG Bürgerlicher Staat für die DV vom 1.7.2017

Einleitung

10

15

20

25

30

Die Krise des Kapitalismus ist der bestimmende Faktor der Prozesse, welche die heutige Weltsituation prägen. Die relative wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität in der entwickelten kapitalistischen Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte ihre materielle Grundlage im wirtschaftlichen Aufschwung. Die Zerstörung dieser Grundlage seit Ausbruch der Krise 2008 führt zu einer zunehmenden Erosion der Stabilität. Politische Parteien und Institutionen, deren Existenzgrundlage die Ordnung der vergangen Periode war, stecken in einer tiefen Krise. In einer wachsenden Anzahl an Ländern drückt sich diese Krise im Niedergang grosser jahrzehntealter Parteien und in politischer Instabilität aus. Gleichzeitig kann man das Aufkommen neuer politische Kräfte sowohl auf der rechten wie auf der Linken beobachten. Die Krise des Kapitalismus ist der bestimmende Faktor für die politischen Turbulenzen, welche weltweit zu beobachten sind.

Die wirtschaftliche und politische Instabilität wirken sich auch auf das Funktionieren des bürgerlichen Staates aus. Der Klasse der Kapitalisten fällt es zunehmend schwer, ihre Herrschaft auf der Grundlage der bürgerlichen Demokratie auszuüben. Aus diesem Grund sieht sie sich immer wie mehr gezwungen, demokratische Rechte anzugreifen und einzuschränken. Beispiele dafür sind Einschränkungen des Streik-, Demonstrations- und Versammlungsrechts, verstärkte Repression, die Einschränkung der Medienfreiheit, die Hinwegsetzung über Volksentscheide, das Regieren mittels Dekreten, die Errichtung von Technokraten-Regierungen, etc. Diese Entwicklung offenbart den wahren Charakter des bürgerlichen Staates: den Schutz der Interessen des Kapitals.

In der reformistischen Linken werden diese Prozesse oft als der Verlust des Primats der Politik über die Wirtschaft angeprangert und die Wiederherstellung dieses Primats als oberstes Ziel definiert. Diese Betrachtungsweise suggeriert jedoch, dass die Politik, sprich der Staat, eine von der Wirtschaft unabhängige Sphäre ist, neutral über der Gesellschaft steht. Dies wird in diesem Papier wiederlegt.

Als Sozialist*innen haben wir es uns zum Ziel gesetzt, den Kapitalismus zu überwinden und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. Es ist daher zentral, dass wir theoretische Klarheit über die gesellschaftlichen Formationen besitzen, welche uns gegenüberstehen. Der Staat ist in dieser Hinsicht die grösste alles dominierende Institution der kapitalistischen Weltordnung. Gleichzeitig ist der Charakter des Staates historisch eine der umstrittensten Fragen innerhalb der Arbeiter*innenbewegung. Ein korrektes Staatsverständnis ist daher eine notwendige Grundlage für eine korrekte strategische Ausrichtung der Partei.

Was ist der Staat?

Der Staat präsentierte sich in der Geschichte immer als eine neutrale, von der Gesellschaft unabhängige Institution, welche durch eine äussere Macht seine Legitimation erhält. Gründerlegenden (antike Demokratien), Gott (Absolutistischer Staat, klerikale Staaten) oder Nation (bürgerlicher Staat) sind Beispiele solcher ideologischen Rechtfertigungen für die Existenz des Staates. Der bürgerliche Staat¹ versteht sich somit als Gesellschaftsvertrag freier Bürger*innen einer Nation, welche sich freiwillig den gemeinsamen Gesetzen unterwerfen, um ein friedliches

¹ Bürgerlicher Staat: Der Staat im Kapitalismus, welcher im Zuge der bürgerlichen Revolution geschaffen wurde und mittlerweile in den meisten Ländern dieser Erde die vorherrschende Staatsform ist. Seine Merkmale sind zum Beispiel formaler Rechtsstaat, Gewaltenteilung und zumeist eine Form der parlamentarischen Demokratie.

Zusammenleben zu gewährleisten. Die bürgerliche Theorie stellt den Staat als unabhängige Instanz dar, welche die Interessen aller vertritt, innerhalb der Gesellschaft für Ruhe und Ordnung sorgt und innere Konflikte dämpft. Diese bürgerliche Theorie des Staates, welche auch von breiten Teilen der reformistischen² Linken vertreten wird, greift aber viel zu kurz. Denn die Ursachen der gesellschaftlichen Konflikte werden nicht in der historischen Entwicklung der Klassengesellschaft gesucht, sondern in der ewigen unveränderlichen (bösen) Natur des Menschen, der ohne Staat nicht zu friedlichem Zusammenleben fähig ist. Somit verschleiern sie nicht bloss, dass die Existenz des Staates selbst bereits auf unüberwindbare Widersprüche einer Klassengesellschaft hinweist, sondern auch, dass das allgemeine Interesse, welches der Staat zu verteidigen sucht, konkret das Interesse der herrschenden Klasse der jeweiligen Zeit ist.

Um zu verstehen, was ein Staat ist, muss man seinen Ursprung in der historischen Entwicklung der Klassengesellschaft selbst suchen. Da der Staat vom Menschen geschaffen ist, widerspiegelt dieser zwingendermassen die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen der Mensch lebt. Die menschliche Gesellschaft wird in letzter Instanz durch die Produktionsverhältnisse³ bestimmt, woraus sich auch die sozialen und politischen Verhältnisse ergeben. Der Ursprung des Staates muss daher in der Entwicklung der Produktivkräfte⁴ gesucht werden. So hat der technologische Fortschritt dazu geführt, dass sich eine Arbeitsteilung und eine Teilung der Gesellschaft in Klassen entwickelt haben. Die technologische Möglichkeit, mehr zu produzieren als für den Eigengebrauch zwingend notwendig ist, befreite immer grössere Teile von der unmittelbaren Nahrungsmittelproduktion. Somit entstand eine gesellschaftliche Arbeitsteilung, die es Teilen der Bevölkerung ermöglichte, sich mit Dingen wie Wissenschaft, Handwerk, etc. zu beschäftigen. Dies war ein gewaltiger Fortschritt für die Menschheit und legte die Basis für die menschliche Zivilisation, wie wir sie heute kennen. Der Kampf um das gesellschaftliche Mehrprodukt führte zur Herausbildung einer herrschenden Klasse, die von der Arbeit der grossen Mehrheit lebt. Um ihre Privilegien zu erhalten, musste der Staat geschaffen werden. So wurde die Bewaffnung aller Stammesmitglieder durch die Bewaffnung einer kleinen Minderheit als öffentliche Gewalt ersetzt. Somit war es erstmals möglich, Gewalt gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen und so die Klassenverhältnisse zu zementieren – die Kontrolle über den Staat machte die ökonomisch herrschende Klasse somit auch zur politisch herrschenden Klasse.

Friedrich Engels bezeichnet den Staat daher als "Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze". Denn die entgegengesetzten Interessen der verschiedenen Klassen bedeuten eine ständige Konfrontation zwischen ihnen. Der Staat ist notwendig, um trotzt dieses Umstandes die Ordnung und eine gewisse Stabilität aufrechtzuerhalten. Doch die dies bedeutet nur die Aufrechterhaltung der Eigentumsverhältnisse und damit des Klassengegensatzes. Der Staat kann die Klassengegensätze und -konflikte nicht einfach aus der Welt schaffen, sondern versucht nur, ihre offene Austragung zu unterdrücken. Das bedeutet aber nichts anderes als die Niederhaltung der unterdrückten Klassen. Damit ist der Staat letztlich immer ein Herrschaftsinstrument einer Klasse über die andere(n). Mit der Veränderung der Produktionsverhältnisse haben sich im Laufe der Geschichte auch die Klassen- und Eigentumsverhältnisse verändert. Damit hat sich auch der Staat als gewaltsame Instanz zur Verteidigung dieser Verhältnisse verändert. Seine Rolle als Instrument zur Machterhaltung der jeweils herrschenden Klasse ist ihm jedoch gleichgeblieben.

Wie charakterisieren wir den modernen bürgerlichen Staat?

35

40

45

50

55

60

65

70

² Reformismus: Strömung innerhalb der Arbeiter*innenbewegung, welche der Ansicht ist, dass die Gesellschaft über Reformen innerhalb des bestehenden Systems verändert werden kann. Während rechte Reformisten das Ziel eines sozialen Kapitalismus verfolgen, wollen linke Reformisten zwar den Sozialismus erreichen, sie sind aber der Ansicht, dass dies über den parlamentarischen Weg machbar ist.

³ Produktionsverhältnisse: Die Art und Weise wie die Produktion in einer Gesellschaft auf einem bestimmten Entwicklungsstand organisiert ist. Sind abhängig vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte und umfasst die Eigentumsverhältnisse und die Organisation der Produktion.

⁴ Produktivkräfte: Die realen gesellschaftlichen Ressourcen, welche einer Gesellschaft zur Produktion zur Verfügung stehen. Dazu gehört der technologische Wissensstand, die Produktionsmittel, Entwicklungsstand des Arbeitsprozesses.

Der bürgerliche Staat entstand im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und der Zerschlagung des feudalen Staatswesens durch die bürgerlichen Revolutionen. Er wurde von der Bourgeoisie bewusst geschaffen als Werkzeug zur Errichtung einer neuen Ordnung und zur Zerschlagung der alten. Die Bourgeoisie hat so eine neue Eigentumsordnung geschaffen, die das Privateigentum auf der Grundlage der Freiheit und Rechtsgleichheit aller einzelnen Mitglieder der Gesellschaft festschrieb. Somit hatte der bürgerliche Staat bei seiner Entstehung durchaus einen progressiven, revolutionären Charakter. Einerseits ermöglichte er eine rasante Entwicklung der Produktivkräfte, die durch die alte feudale Ordnung gehemmt worden war. Andererseits fielen die ökonomische Herrschaft und die politische Herrschaft nun nicht mehr unmittelbar zusammen: alle – wenn auch "alle" damals nur "Männer" hiess – haben die gleichen Rechte und formell die gleichen Möglichkeiten, um in der Politik und im Staat mitzubestimmen. Mit der Festigung der kapitalistischen Produktionsweise wurde jedoch bald klar, dass nur neue Klassenverhältnisse entstanden waren, welche die unterdrückten Klassen trotzt formeller Freiheiten in ihrer Unterdrückung beliessen. Schon von Beginn an war der bürgerliche Staat deshalb neben einem revolutionären Instrument zur Überwindung der alten Gesellschaft also auch ein Unterdrückungsinstrument gegen die neue unterdrückte Klasse, die Arbeiter*innenklasse. Denn die Hauptaufgabe des bürgerlichen Staates war und ist bis heute der Schutz des Privateigentums und somit der Erhalt der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse.

Was der Kapitalist mit seinem Privateigentum macht, ist seine Sache. Die Produktion der Güter, die unter Betätigung seiner Produktionsmittel stattfindet, wird nicht von der Politik oder vom Staat diktiert oder geplant. Er muss sich nur daran orientieren, dass er in der Konkurrenz des kapitalistischen Marktes die Waren für Profit verkaufen kann. Auch die Verteilung der Güter fällt erstmal nicht in den Bereich des bürgerlichen Staates, sondern vollzieht sich über die Kaufkraft auf dem Markt. Gleichzeitig schafft der bürgerliche Staat aber auch Regeln für die Kapitalisten, damit sich diese unter sich nicht in gegenseitiger Konkurrenz selbst zerstören, wie zum Beispiel Kartellgesetze. Das Verhältnis zwischen den Kapitalist*innen und dem bürgerlichen Staat ist daher ein widersprüchliches. Einerseits versuchen die einzelnen Kapitalist*innen und Kapitalfraktionen⁵ ständig ihren Einfluss im Staatsapparat zu vergrössern, um möglichst gute Bedingungen für ihre Geschäfte zu schaffen. Andererseits entfremdet sich der Staat aber auch bis zu einem gewissen Grade von der Gesellschaft. Die staatlichen Institutionen entwickeln ein Interesse an ihrer eigen Selbsterhaltung. In der Konkurrenz der Nationalstaaten im globalen Kapitalismus bedeutet die Selbsterhaltung letztlich aber doch nur das Fortbestehen der herrschenden Ordnung, die abhängig ist von guten Profitbedingungen des nationalen Kapitals. Somit versuchen die einzelnen Kapitalist*innen zwar (teilweise erfolgreich), den Staat als direktes Instrument zur Verteidigung ihrer Eigeninteressen zu benutzen, und dennoch vertritt der Staat nicht die Interessen dieses oder jenes Kapitalisten, sondern jene des gesamten nationalen Kapitals. Engels nannte den Staat daher den "ideellen Gesamtkapitalisten".

Seit der bürgerlichen Revolution hat sich der bürgerliche Staat stark weiterentwickelt. Er regelt fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und geht weit über ein reines Repressionsorgan hinaus. Unzählige Ministerien und Institutionen entstanden im Laufe der Zeit. Viele der Aufgaben des Staates dienen auf den ersten Blick nicht den Interessen der Kapitalist*innen. Für die Arbeiter*innenbewegung am Zentralsten sind dabei die ganzen sozialen Errungenschaften, was gemeinhin als Sozialstaat bezeichnet wird und die Rechte, welche auf vielen Ebenen erkämpft wurden. Dazu zählt beispielsweise die demokratische Mitsprache, Recht auf Bildung, Meinungsfreiheit, Streikrecht etc. Die Existenz dieser Institutionen und Rechte scheinen der These des Klassenstaates zu wiedersprechen. Letztendlich kann die herrschende Klasse durchaus gewisse Zugeständnisse an die Arbeiter*innenklasse machen und deren Organisationen bis zu einem gewissen Grad in den Staat integrieren – allerdings nur soweit, als dass das reibungslose Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise und die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse nach wie vor sichergestellt sind. Der Kampf der Kapitalist*innen gegen Regulierungen ihrer Wirtschaftsfreiheit und der

75

80

85

90

95

100

105

110

_

⁵ Kapitalfraktionen: Gruppen von Kapitalist*innen, welche ähnliche Interessen verfolgen. Z.B Exportorientierte Kapitalist*innen, Finanzkapital, Kleingewerbe etc.

Kampf der Arbeiter*innenbewegung gegen Angriffe auf ihre sozialen Errungenschaften führen gar zur Situation, das die Linke im allgemeinen Verständnis als Verteidigerin des bürgerlichen Staates auftritt, während sich die Bürgerlichen als Gegner*innen des Staates präsentieren.

Seit Ausbruch der Krise hat sich aber immer wieder deutlich gezeigt, dass der bürgerliche Staat Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassenwidersprüche und ein Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse ist. Die massive Sparpolitik, welche die Politik in fast jedem europäischen Land geprägt hat, ist der Versuch, die Profitbedingungen für die Kapitalist*innne zu verbessern und die Kosten der Krise auf die Arbeiter*innenklasse abzuwälzen. Um deren Profite zu retten, wird auch die Zerstörung des Lebensstandards der grossen Mehrheit der Bevölkerung bewusst in Kauf genommen. Diese Politik kann auch nicht einfach auf die Kräfteverhältnisse in den Parlamenten zurückgeführt werden. Sie ist vielmehr Ausdruck der Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsform und der Rolle des Nationalstaates in ihr. Sofern man nicht die Interessen der gesamten internationalen Arbeiter*innenklasse verteidigt und damit gegen die Eigentumsverhältnisse im Kapitalismus ankämpft, muss man die Logik des Nationalstaates in der kapitalistischen Weltwirtschaft akzeptieren. Damit ist man ihren Sachzwängen ausgeliefert und muss für möglichst gute Bedingungen für die Akkumulation des Kapitals sorgen. Aus diesem Grund verfolgten auch sozialdemokratische Regierungen seit Ausbruch der Krise dieselbe Sparpolitik gegen die Interessen der Lohnabhängigen.

In vielen Ländern hat die Sparpolitik und die Verschlechterung der Lebensbedingungen zu einer Radikalisierung in der Bevölkerung und zu Bewegungen gegen diese Politik geführt. Um die Interessen der Herrschenden dennoch durchsetzen zu können, greift der Staat zu repressiven Massnahmen. Je stärker sich also der Konflikt zwischen den Klassen zuspitzt, desto offensichtlicher wird der Klassencharakter des bürgerlichen Staates.

Den Ursprung für diese widersprüchlichen Charakteristiken des bürgerlichen Staates müssen wir in den Widersprüchen der Gesellschaft selbst und den Pfeilern auf denen die Macht des Staates beruht suchen.

Wie übt der Staat seine Macht aus?

115

120

125

130

135

140

145

150

Auf Basis der Analyse, dass der bürgerliche Staat ein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie ist, um die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse aufrechtzuerhalten, muss die Frage beantwortet werden, wie der Staat seine Macht ausübt.

Jeder bürgerliche Staat braucht Mittel zur Durchsetzung der Gesetze. Dazu verfügt der Staat in erster Linie über das Gewaltmonopol. Polizei, Militär, Gerichte, Gefängnisse etc. sind die unmittelbaren Machtinstrumente, auf denen in letzter Instanz die Macht des Staates beruht. Sie sind eine Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung.

Die Bourgeoisie kann ihre Herrschaft jedoch nicht über längere Zeit nur durch die Ausübung von nackter Gewalt durch den repressiven Staatsapparat erhalten. Die herrschende Ideologie, welche die bestehende Ordnung zur ewigen, natürlichen Weltordnung erklärt und den Staat als neutrale, von der Gesellschaft unabhängige Institution im Interesse aller darstellt, spielt in Zeiten eines tiefen Klassenkampfniveaus eine weitaus zentralere Rolle.

Diese Ideologie wird auf allen Ebenen, wie Schulen, Universitäten, bürgerlichen Medien, am Arbeitsplatz, durch die Politik, Werbung, etc. reproduziert. Diese Reproduktion der Ideologie dient einerseits dazu, die Menschen zu möglichst gut funktionierenden Ausbeutungsobjekten zu erziehen, andererseits zur Darstellung des herrschenden Systems als vernünftige, natürliche Ordnung im Interesse aller. Die Macht des Staates bedarf bis zu einem gewissen Grade aber auch der ideologischen Zustimmung der Beherrschten, um längerfristig aufrechterhalten zu werden. Diese Zustimmung kann nur erreicht werden, wenn gewisse Zugeständnisse an die unterdrückten Klassen gemacht

werden, da die Kosten der Zugeständnisse für die Bourgeoisie kleiner sind als eine Eskalation des Klassenkampfes. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs konnten so weitgehende Errungenschaften erkämpft werden. Um den Klassenkampf zu dämpfen, liess die herrschende Klasse die Führungen der Organisationen der Arbeiter*innenbewegung auch an der Staatsmacht teilhaben und versuchte sie über die Sozialpartnerschaft einzubinden. Daher rührt der auf den ersten Blick widersprüchliche Charakter des bürgerlichen Staates. In der Krise des Kapitalismus verkehrt sich diese Integration jedoch in ihr Gegenteil. Die Bourgeoisie ist nicht mehr bereit, Zugeständnisse zu machen und greift sogar die bestehenden Errungenschaften an. In dieser Situation beginnt die materielle Basis der Sozialpartnerschaft und der reformistischen Politik zu bröckeln und die Führer der Arbeiter*innebewegung sind verdammt, die Politik der Herrschenden umzusetzen, wenn sie nicht ihre Privilegien im Staatsapparat und am Verhandlungstisch verlieren wollen. Dies führt unweigerlich zu einer Gegenreaktion der Arbeiter*innen.

Die Zuspitzung der Klassenwidersprüche durch die Krise des Kapitalismus und damit verbunden die Hinterfragung der herrschenden Ideologie, zwingt den Staat zunehmend die öffentliche Gewalt einzusetzen, um die aufbegehrenden Massen in Schach zu halten. Wenn das Fortbestehen der herrschenden Ordnung in Gefahr ist, schreckt der Staat nicht davor zurück, die öffentliche Gewalt gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen, bis hin zu Massakern und Bürgerkrieg. Das staatliche Gewaltmonopol offenbart so seinen wahren Charakter, als ein Monopol der Gewaltanwendung in den Händen der herrschenden Klasse, während Gewaltanwendung durch die unterdrückte Klasse unter Strafe gestellt ist.

Deshalb ist der Staatsapparat mit seinen Repressionsorganen der zentrale Faktor bei der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung. Die sozialistische Transformation der Gesellschaft bedeutet die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, was eine Konfrontation mit der Staatsmacht, die diese Eigentumsordnung garantieren muss, bedeutet. Zur Aufhebung der Ausbeutung der Arbeiter*innen durch das Kapital kommen wir deshalb nicht an der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht vorbei.

Welche Rolle spielt die Demokratie im bürgerlichen Staat?

155

160

165

170

175

180

185

190

Die bürgerliche Demokratie ist das Resultat der bürgerlichen Revolutionen und darauffolgender Klassenkämpfe. Die Arbeiter*innenklasse hat sich einige Errungenschaften erkämpft: das Proporzwahlrecht, das Frauenstimmrecht etc. Die demokratische Mitsprache beschränkt sich jedoch auf die Grenzen des bestehenden Systems. Denn die historischen Errungenschaften des Wahl- und Stimmrechts gelten nur solange die teilnehmenden Parteien das herrschende System und damit den Machtanspruch der herrschenden Klasse anerkennen. Die bürgerliche Demokratie ist also lediglich eine spezifische Form der Machtausübung der herrschenden Klasse. Das ändert nichts am Klassencharakter des Staates an sich.

Die herrschende Klasse ist mit mit der Staatsbürokratie verbandelt. Über Berater, Lobbyisten, Verwaltungsratsmandate von Parlamentarier*innen, und einflussreiche Thinktanks üben sie ihre Macht durch den Staatsapparat aus. Dabei sind die Strukturen des Staates so ausgelegt, dass die Interessen der herrschende Klasse dominieren. Der Gesetzgebungsprozess wird ab der Vernehmlassung durch die mächtigen Interessensverbände der herrschenden Klasse dominiert. Aber auch die Standards und Vorgaben (Statistiken, Abläufe etc.), nach denen die staatlichen Ämter funktionieren, sind darauf ausgerichtet, die Interessen der Kapitalist*innen zu wahren. Die Tatsache, dass sie die ökonomisch herrschende Klasse sind, gibt ihnen überdies die materiellen Möglichkeiten, die öffentliche Meinungsmache entscheidend zu beeinflussen. Einerseits können sie durch die finanziellen Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, propagandistisch die Oberhand behalten. Andererseits können sie durch ihre Position an den Schalthebeln der Wirtschaft ihr Eigeninteresse als allgemeines Interesse präsentieren. So zum Beispiel mit den mantramässigen Wiederholungen des Arguments der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Da alle Menschen als gleichberechtigte Individuen (unabhängig von ihrer Position in der Gesellschaft) die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Politik haben, erscheint die bürgerliche Demokratie als die Herrschaft der gesamten (stimmberechtigten) Bevölkerung. Doch diese oberflächliche Gleichberechtigung sieht davon ab, dass der Demokratie dennoch Klassenverhältnisse zu Grunde liegen. In der Realität sind die formalen demokratischen Rechte deshalb den engen Grenzen des kapitalistischen Systems unterworfen. Werden einzelne Parteien oder demokratische Institutionen als Ganzes zu einer ernstzunehmenden Gefahr für die Herrschaft der Bourgeoisie, lässt diese ihre demokratische Maske fallen und stützt sich auf alternative, autoritärere Herrschaftsformen. Demokratie ist für die Bourgeoisie ein Luxus, den sie sich nur leisten kann, wenn ihre ökonomische Macht nicht in Frage gestellt wird. In der Krise reichen schon kleinste Reformen oder Widerstandsbewegungen zur Verteidigung des Lebensstandards der Lohnabhängigen dafür, dass die Bourgeoisie mit Repression reagiert und ihren Willen auch ohne demokratische Legitimität durchsetzt (Bsp. Frankreich, Loi du Travail).

Die Losung des Reformismus der Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft unterliegt genau der Illusion, dass es eine stabile Situation geben kann, in der durch die bürgerliche Demokratie den Kapitalisten das Interesse der Unterdrückten Klasse aufzwingen kann. Eine solche Situation, welche durchaus entstehen kann, führt aber dazu, dass sich der Klassenkampf zuspitzt und entweder in der Enteignung der Bourgeoisie oder in der Niederlage der Linken Regierung enden muss. Wenn die Machtfrage real gestellt wird, wird sich die herrschende Klasse nicht durch demokratische Entscheide entmachten lassen und nicht zögern, sich selbst über diese hinwegzusetzen. Unsere Schlussfolgerung daraus darf keineswegs die Mässigung unserer Forderungen sein, sondern wir müssen im Gegenteil eben den Klassencharakter diese Staates und seiner Demokratie aufzeigen, was letzend Endes die Notwendigkeit seiner Überwindung verdeutlicht.

Seit Ausbruch der Krise sehen wir daher in den entwickelten kapitalistischen Ländern zunehmend autoritäre Bestrebungen, vor allem in der Umsetzung der Krisenpolitik. Dies zeigt, dass sich die Klassenwidersprüche zuspitzen und es für die herrschende Klasse immer schwieriger wird, nur über ihre ideologische Propaganda die Mehrheit von ihrer Politik zu überzeugen und es damit gefährlich wird, zentrale politische Entscheidungen der Bevölkerung zu überlassen.

Als Sozialist*innen sind wir uns dem Charakter des bürgerlichen Staates und der Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie bewusst. Dennoch verteidigen wir die demokratischen und sozialen Errungenschaften gegen die Versuche, diese zu beschneiden und kämpfen für alle Verbesserungen und wirklichen Reformen. Wir sind uns jedoch im Klaren, dass der bürgerlich-demokratische Staat nicht das Werkzeug zur Überwindung der kapitalistischen Weltordnung sein kann, noch zu diesem umfunktioniert werden kann. Das heisst, dass eine Mehrheit im Parlament keinesfalls ausreicht, um die kapitalistische Ausbeutung zu beenden. Die herrschende Klasse wird sich niemals durch demokratische Entscheide entmachten lassen. Wenn die Lohnabhängigen über demokratische Mittel real die Macht der Kapitalist*innen angreifen wollen, dann zögern diese nicht, sich selbst über die demokratische Hülle ihrer Macht hinwegzusetzen und ihre eigenen Privilegien durch rohere Formen der Gewalt zu verteidigen. Als Sozialist*innen beteiligen wir uns dennoch an den bürgerlichen Parlamenten. Solange die bürgerliche Demokratie existiert, wird das Parlament vom grössten Teil der Bevölkerung als Mittelpunkt des politischen Geschehens wahrgenommen. Es wäre daher äusserst fahrlässig, aus den begrenzten Möglichkeiten der Parlamentsarbeit vorschnelle Schlüsse zu ziehen und das Parlament zu boykottieren. Damit würden wir uns selbst dazu verdammen, von der Seitenlinie zu kritisieren.

Indem wir in den Parlamenten konsequent revolutionäre Positionen verteidigen, werden wir die Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie und den Klassencharakter des bürgerlichen Staates in aller Öffentlichkeit aufzeigen können. Die Beteiligung an den Parlamenten ist für uns somit kein Selbstzweck, sondern muss immer mit dem Aufbau unserer eigenen Kräfte und der Unterstützung des ausserparlamentarischen Kampfes (Streiks, Demonstrationen etc.) verbunden werden und diesem untergeordnet sein.

Welche Rolle Spielt der Staat bei der sozialistischen Transformation der Gesellschaft?

240

245

250

255

260

265

270

275

280

Wie wir in den obigen Thesen dargelegt haben ist der bürgerliche Staat Ausdruck der Klassenwidersprüche des Kapitalismus. Seine Institutionen sind damit auf die Gewährleistung einer Möglichst effizienten Funktion kapitalistischen Ausbeutung und der Erhaltung des Privateigentums ausgerichtet. Diese Erkenntnis ist von grösster Bedeutung, wenn wir die Rolle des bürgerlichen Staates in der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse betrachten wollen. Als Sozialist*innen haben wir es uns zum Ziel gesetzt, den Kapitalismus zu überwinden. Das heisst nichts weniger als die Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Entmachtung der herrschenden Klasse, die Überwindung nationalstaatlicher Grenzen, und die Errichtung einer demokratischen Kontrolle über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Ein solches Programm läuft den Aufgaben des bürgerlichen Staates diametral entgegen, dessen Aufgabe die Verwaltung und Aufrechterhaltung all der Strukturen ist, die wir zu überwinden suchen. Der Staat wird unweigerlich die Rolle der Verteidigung der alten Ordnung einnehmen müssen und somit ein wichtiges Mittel in den Händen der herrschenden Klasse sein zur Niederschlagung der Revolution. Die staatlichen Institutionen allen voran die Repressionsorgane haben in der Geschichte immer wieder Konterrevolutionäre Putsch gegen sozialistische Regierungen ausgeführt. Das prominenteste Beispiel ist der Coup gegen Salvador Allende in Chile, bei dem der eigens vom sozialistischen Präsidenten eingesetzte General Pinochet die Regierung stürzte und eine brutale Militärdiktatur errichtete. Die Niederlage der Revolution in Chile ist eine wichtige Erfahrung für die Arbeiter*innenbewegung. Sie bestätigt eindrücklich die Notwendigkeit der Zerschlagung Ersetzung des bürgerlichen Staates zur Durchsetzung eines sozialistischen Programms.

Um eine sozialistische Transformation der Gesellschaft herbeizuführen, muss die Arbeiter*innenklasse sich ihre eigenen demokratischen Strukturen schaffen, welche die Arbeitenden zur Klassen an sich macht und die Verwaltung der zukünftigen Gesellschaft übernehmen können. Diese Gegenmachtstrukturen werden das Werkzeug der Lohnabhängigen zur Überwindung des kapitalistischen Systems und zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Mit der Machtübernahme durch die Arbeiter*innen werden die Klassen nicht einfach von einem Tag auf den anderen verschwinden. Es ist daher auch die Aufgabe des revolutionären Staates, die Errungenschaften der politischen Umwälzung gegen die Versuche, die kapitalistischen Verhältnisse wiederherzustellen, zu verteidigen. Es wird daher weiterhin ein Staat existieren müssen. Der Unterschied ist jedoch, dass der Staat nicht mehr das Unterdrückungsinstrument der Minderheit über die Mehrheit sein wird, sondern das Werkzeug der Mehrheit zur sozialistischen Transformation der Gesellschaft. Der Arbeiter*innenstaat wird demnach auch gänzlich andere Formen annehmen als der bürgerliche, da er aus den Strukturen und Institutionen erwächst, die von der Arbeiter*innenklasse selbst geschaffen werden.

In Arbeitskämpfen sehen wir bereits embryonale Formen der Organisierung und Demokratie, welche sich die Arbeiter*innenklasse selbst gibt. Die Geschichte zeigt, dass Arbeiter*innen selbstständig zu Rätestrukturen greifen. Streikkomitees, Betriebskomitees, Quartierkomitees, Volksversammlungen etc. sind demnach nicht nur Mittel zum Zweck zur Durchsetzung dieser oder jener Forderung innerhalb des bestehenden Systems, sondern sie sind Ausdruck der Herausforderung der herrschenden Machtverhältnisse und eine Vorwegnahme der Gegenmachtstrukturen der Arbeiter*innenklasse.

Unsere Aufgabe ist es für die Errichtung solcher Strukturen zu kämpfen und innerhalb dieser unser Programm zu verteidigen. Die Überwindung der bürgerlich demokratischen Institutionen ist nicht das Ende der Demokratie, sondern die Aufhebung der Diktatur des Kapitals und die Etablierung einer Demokratie, welche alle Bereiche der Gesellschaft umfasst. Erst die Enteignung der Kapitalist*innen und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ermöglicht der grossen Mehrheit, die demokratische Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Güter zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erlangen. Die Trennung von Politik und Wirtschaft wird so aufgehoben und die Menschen können gemeinsam in demokratischen Strukturen über ihre Lebensbedingungen entscheiden. Die "Demokratisierung der Wirtschaft" ist deshalb nur möglich unter der Bedingung der Aufhebung des Privateigentums

an Produktionsmitteln und damit der Zerschlagung des bürgerlichen Staates, der dieses schützt. Mit der Vergesellschaftung der Produktion auf internationaler Ebene verschwinden nach und nach auch die Klassengegensätze, welche den Staat als bewaffnetes Organ zur Niederhaltung der unterdrückten Klassen hervorgebracht hatten. Übrig bleibt die demokratische Verwaltung aller Mitglieder der Gesellschaft über alle Bereiche ihres gesellschaftlichen Lebens.